Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/1920

02. 03. 88

Sachgebiet 707

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Frau Saibold, Sellin, Stratmann und der Fraktion DIE GRÜNEN

zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung — Drucksache 11/1733 —

Jahreswirtschaftsbericht 1988 der Bundesregierung

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, zugleich mit dem Jahreswirtschaftsbericht in jedem Jahr einen Bericht zur Entwicklung der ökologischen und sozialen Folgekosten des Wirtschaftens in der Bundesrepublik Deutschland vorzulegen.

Bonn, den 2. März 1988

Frau Saibold
Sellin
Stratmann
Dr. Lippelt (Hannover), Frau Schmidt-Bott, Frau Vennegerts und Fraktion

Begründung

Als wesentlicher Erfolgsmaßstab der herrschenden Wirtschaftspolitik gelten möglichst hohe Zuwachsraten des Bruttosozialprodukts. Im Bruttosozialprodukt als Größe der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung wird der Geldwert aller jährlich erzeugten Güter und Dienstleistungen erfaßt. In der traditionellen Sichtweise der Ökonomen und Wirtschaftspolitiker ist das (steigende) Sozialprodukt ein herausragender Leistungs- und Wohlfahrtsindikator, der sogar eine gesetzliche Weihe erfahren hat: In dem in der keynesianischen Ära entstandenen „Stabilitäts- und Wachstumsgesetz" ist das wirtschaftspolitische Ziel des „stetigen und angemessenen Wachstums" proklamiert. Gesamtwirtschaftliches Wachstum wird in einer breiten Öffentlichkeit mit Fortschritt und Wohlstandssteigerung identifiziert. Vor dem Hintergrund aktueller ökonomischer Turbulenzen fordern nahezu alle etablierten Kräfte geradezu beschwörend eine „neue Wachstumsoffensive".

Der Sachverständigenrat zur „Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung" versteift sich in seinem letzten Jahresgutachten gar zu der Behauptung, daß in der Wirtschaft und in der Umwelt wieder alles gut werde, wenn sich die „Wachstumskräfte" ungehemmt entfalten können.

Gesamtwirtschaftliches Wachstum ist in bestimmten historischen Epochen sicherlich notwendig: Beispielsweise in Wiederaufbauphasen und in denjenigen Gesellschaften, die einen niedrigen Entwicklungsstand der Produktivkräfte aufweisen. In hochentwickelten Industriegesellschaften mit einer chronischen Überproduktion in vielen Sektoren erweist sich die Wachstumsfixierung zunehmend als ökologische und soziale Falle. Die ökologische Kritik zeigt absurde Konsequenzen der traditionellen Sozialprodukt- und Wachstumsrechnung auf. Diese erzeugt ideologieträchtig eine Wohlfahrtsillusion, die auch dann noch Zuwächse des wirtschaftlichen Wohlstands vorgaukelt, wenn diese in der ökonomischen und ökologischen Realität nicht vorliegen.

Die rapide zunehmenden Umweltschäden werden in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung nicht als gesellschaftliche Kosten der Produktion erfaßt, obwohl ein Teil des gesamten Volksvermögens unter Umständen unumkehrbar zerstört wird und die Menschen erhebliche Einbußen an Lebens- und Umweltqualität erfahren. Die herkömmliche Sozialproduktrechnung unterschlägt insofern bedeutende reale Kosten von Produktion und Verbrauch.

Ein weiterer gewichtiger Einwand gegen die naive Interpretation der Sozialproduktrechnung lautet: Die steigenden ökologischen und sozialen Folgekosten der Produktion schlagen sich groteskerweise im Sozialprodukt als positive Wertschöpfung nieder. Dies ist bei denjenigen wirtschaftlichen Aktivitäten der Fall, die die Lebensqualität nicht verbessern, weil sie zur Schadensbeseitigung und -verhinderung erfolgen. Wenn auf eingetretene oder drohende ökologische und soziale Schäden wirtschaftlich reagiert werden muß, werden im Sozialprodukt positive Erträge verbucht. Es ist aber offensichtlich Unsinn, Kosten als Gewinne und Lasten als Wohlstandssteigerungen in das Sozialprodukt aufzunehmen. Die als objektiv angesehenen Ziffern des Sozialprodukts verschleiern insofern das reale Wirtschaftsgeschehen. Hinter schönen Wachstumszahlen verbergen sich häufig eklatante Fehlentwicklungen: Der alarmierende Anstieg ökologischer und sozialer Folgekosten erscheint in der Wachstumsbilanz als wohlfahrtssteigernd, indem Reparaturkosten als Wohlstandsmehrung erfaßt werden.

Ökologische und soziale Folgekosten werden auch als defensive oder kompensatorische Ausgaben bezeichnet. Sie sind zusätzliche Kosten zur Sicherung der Lebens- und Umweltqualität, der Produktion, des Konsums und des Einkommenserwerbs, die auch als solche im Sozialprodukt identifiziert werden sollten. Die Folgekosten werden durch die Verursacher häufig auf Dritte oder die Gesellschaft überwälzt, ohne daß diese dafür entschädigt werden. Aber auch defensive Ausgaben, die in den Kostenrechnungen der

Unternehmen enthalten sind, können unter die Definition der Folgekosten des industriellen Produktionsprozesses gefaßt werden.

Es können fünf Bereiche unterschieden werden, in denen erhebliche ökologische und soziale Folgekosten auftreten: Umwelt, Verkehr, Wohnen, Sicherheit und Gesundheit. Folgekosten des industriellen Wachstumsprozesses äußern sich auf eine vielfältige Weise:

— in Produktions- und Einkommenseinbußen (z. B. von Forst- und Tourismusbetrieben aufgrund von Waldschäden),

— in Vermögensverlusten (z. B. bei der Verseuchung von Böden oder aufgrund der Vernichtung von Fischen in verschmutzten Gewässern),

— in zusätzlichen Transferleistungen sozialstaatlicher Einrichtungen (z. B. Lohnfortzahlung und vorzeitige Rentenleistungen aufgrund von Arbeits- und Verkehrsunfällen, Berufskrankheiten und umweltbedingten Erkrankungen),

— in Wohlfahrtsverlusten und realen Schädigungen (z. B. durch die Vernichtung von Tier- und Pflanzenarten und durch Landschaftsverschandelungen),

— in wachsenden Umweltschutzausgaben des Staates und der Industrie,

— in steigenden Verkehrsausgaben aufgrund des Umstiegs auf den Individualverkehr und immer längerer Verkehrswege,

— in steigenden Ausgaben für Sicherheitseinrichtungen vor dem Hintergrund einer ungebrochenen Kriminalitätsentwicklung.

Christian Leipert vom Wissenschaftszentrum Berlin kommt in einer Untersuchung aus dem Jahre 1987 zur Entwicklung der defensiven Ausgaben in der Bundesrepublik Deutschland zu dem Ergebnis, daß sie 1985 mindestens 10 Prozent des Bruttosozialprodukts, d. h. etwa 160 Mrd. DM betragen haben. In diese Studie wurden nur Mindestwerte einbezogen. Eine Reihe von Kategorien defensiver Ausgaben konnten nicht berechnet werden. Deshalb wird geschätzt, daß der Anteil der Defensivausgaben am Bruttosozialprodukt bei mindestens 20 Prozent liegt.

Lutz Wicke vom Umweltbundesamt schätzt, daß allein die externen Kosten des Autoverkehrs in der Bundesrepublik Deutschland bei mindestens 50 Mrd. DM liegen. Auf das Jahr 1984 bezogen sind dies 3 Prozent des Bruttosozialprodukts. Dabei handelt es sich um 30 Mrd. DM Lärmschadens- und Belästigungskosten, 12 Mrd. DM Luftbelastungsschadenskosten und 8 Mrd. DM unfallbedingter sozialer Kosten des Kraftfahrzeugverkehrs. Diese Zahlen verdeutlichen, daß es sich bei den ökologischen und sozialen Folgekosten keineswegs um vernachlässigbare Größen handelt.

Es muß in diesem Zusammenhang auch berücksichtigt werden, daß zahlreiche Schäden des Wirtschaftens – insbesondere immaterielle Wohlfahrtsverluste wie das Aussterben von Tier- und Pflanzenarten – einer Kostenberechnung nicht zugänglich sind.

Das Wachstumstempo der Defensivkosten hat jenes des gesamten BSP in den vergangenen Jahren um das Dreifache übertroffen. Da sich die ökologischen Probleme zuspitzen, werden die defensiven Ausgaben zukünftig noch stärker ansteigen. Der Zuwachs des Bruttosozialprodukts wird zunehmend von negativen Wachstumsfolgen getragen. Die offizielle Sozialproduktrechnung verdunkelt diese Entwicklung. Sie verwandelt einen Mißerfolg in einen Erfolg.

Vor diesem Hintergrund ist es erforderlich, in jedem Jahr im Zusammenhang mit dem Jahreswirtschaftsbericht einen Bericht zur Entwicklung der ökologischen und sozialen Folgekosten in der Bundesrepublik Deutschland vorzulegen. Ausmaß und Struktur der defensiven Ausgaben sollen dem Bruttosozialprodukt gegenübergestellt werden, um Informationen über die Kosten des Wirtschaftswachstums zu erhalten.

Es geht dabei nicht nur um eine alternative Wirtschaftsberichterstattung. Es gilt von dem Ziel der staatlichen Wirtschaftspolitik – ein „angemessenes und stetiges gesamtwirtschaftliches Wachstum" zu realisieren – Abschied zu nehmen.

Als neue Perspektive jenseits des globalen Wachstums muß das Ziel der umwelt- und sozialverträglichen Wirtschaftsweise in den wirtschaftspolitischen Zielkatalog aufgenommen werden. Es müssen insbesondere Kriterien der ökologischen Verträglichkeit von Produktion und Konsum entwickelt werden.

Eine umwelt- und sozialverträgliche Produktionsweise anzustreben, heißt keineswegs eine Stagnation, eine allgemeine Wirtschaftsschrumpfung oder gar den Ausstieg aus der Industriegesellschaft zu postulieren. Es bedarf einer differenzierten Wirtschaftsentwicklung, des ökologischen Umbaus der Industriegesellschaft. Die Wirtschaft muß in einigen Bereichen schrumpfen. In anderen hingegen sind Wachstum und Produktionsumstellungen wünschenswert. Exemplarisch bedeutet dies: Ausstieg aus bzw. Abbau von lebens- und umweltfeindlichen Wirtschaftszweigen (Atom- und Rüstungsindustrie), Umstellungen schädlicher Produktionszweige (Chemie und Landwirtschaft) und Aufbau neuer Wirtschaftszweige (erneuerbare Energiequellen, öffentlicher Personenverkehr).

Druck: Thenée Druck KG, 5300 Bonn, Telefon 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51
ISSN 0722-8333